

## **Diskussion über angebliche „Top-Versorgung“ ist eine Neidkampagne**

Der BDZ hat Medienberichten über eine angebliche „Top-Versorgung“ von Beamtinnen und Beamten in scharfer Form widersprochen. Bei den Ergebnissen der vieldiskutierten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) handele es sich um eine verkürzte und unseriöse Darstellung. Nach dieser Studie sind Beamte finanziell besser ausgestattet als Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft mit einer vergleichbaren Berufsausbildung. Laut DIW verfügen Beamte im Durchschnitt über mehr als doppelt so hohe Pensionsansprüche. Ähnliches gelte für ihr Geldvermögen, so das DIW, das der DGB-Tochter Hans-Böckler-Stiftung nahesteht.

BDZ-Chef Klaus H. Leprich kritisierte die aktuelle Diskussion als „Neidkampagne“, die von den Medien, insbesondere auch von der Bild-Zeitung, immer wieder gezielt lanciert werde, um landläufige Klischees über Beamtinnen und Beamte zu bedienen. Das erhöhe jedoch nicht den Wahrheitsgehalt. Beim näheren Hinsehen handele es sich um Vorurteile und nicht um wissenschaftlich fundierte Ergebnisse, so Leprich. Mit einer Statistik könne man alles beweisen. Das sei unseriös, steigere aber die Auflage.

BDZ und dbb stellen deshalb zu der DIW-Studie klar:

- Für einen korrekten Vergleich müssen die Parameter tatsächlich vergleichbar sein. So müssen zum Beispiel die Arbeitslosen aus der Berechnung der Durchschnittsrente herausgenommen werden.
- Es bleibt unberücksichtigt, dass Pensionäre keinen Anspruch auf Betriebs- oder Zusatzrenten haben, was in der Privatwirtschaft durchaus üblich ist.
- Die Aus- und Fortbildung eines „durchschnittlichen“ Pensionärs muss im Vergleich zu den Beschäftigten der Privatwirtschaft berücksichtigt werden.
- Das Ruhegehalt der Beamten muss noch bis 2040 deutlich höher versteuert werden als die Renten.
- Pensionäre müssen die gerade im Alter steigenden Beiträge für ihre private Krankenversicherung aus ihrer Pension bestreiten.

Mit Blick auf die Einkommensrunde 2010 warnte Leprich die Bundesregierung, die sich an ihren eigenen Aussagen im Koalitionsvertrag messen lassen müsse, den öffentlichen Dienst erneut als Steinbruch zur Sanierung des Haushalts zu benutzen. Auch dagegen werden die Beschäftigten am 9. Februar in Berlin und bei weiteren Protestveranstaltungen in anderen Städten auf die Straße gehen.

Berlin, 21. Januar 2010